

# Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

## [eubp-senden.de](https://eubp-senden.de)

**Stand 12.01.2026**

### **§ 1 Allgemeines und Geltungsbereich**

Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für alle rechtlichen Beziehungen zwischen der Xisi Meldecenter GmbH, Albrechtstraße 14b, 10117 Berlin, im Folgenden auch „Anbieter“ genannt, und den Nutzern der Webanwendung „euBP-Senden“ <https://eubp-senden.de> (nachfolgend auch „Internetseite“ genannt).

Als Nutzer gilt jeder, der euBP-Daten auf der Internetseite hochlädt. Der Anbieter richtet sich mit der Anwendung euBP-Senden ausschließlich an gewerbliche Nutzer sowie Unternehmen und ausdrücklich nicht an Verbraucher.

Sie werden auch nicht anerkannt, wenn ihnen nicht nochmals nach Eingang beim Anbieter ausdrücklich widersprochen wird.

### **§ 2 Vertragsgegenstand und Vertragsschluss**

Der Anbieter stellt dem Nutzer die webbasierte Anwendung „euBP-Senden“ bereit. Dieses umfasst den Webupload der einen automatisierten Versand einer elektronisch unterstützten Betriebsprüfung (nachfolgend „euBP“) an den dafür vorgesehenen Server oder die gültige Serverinstanz der Deutschen Rentenversicherung ermöglicht und eine entsprechende Eingangsbestätigung bzw. Rückmeldungen zur Verfügung stellt.

Der Anbieter stellt dem Nutzer die damit verbundenen Funktionalitäten in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorgaben zur euBP gemäß den Bestimmungen der Deutschen Rentenversicherung bereit.

Dies umfasst insbesondere die Anforderungen nach § 28 p SGB IV, wonach Arbeitgeber verpflichtet sind, die für die Betriebsprüfung relevanten Daten elektronisch zu übermitteln.

Die Bereitstellung und Weiterentwicklung und Pflege der Internetseite erfolgt unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und technischen Rahmenbedingungen, um die ordnungsgemäße Übermittlung an die Deutsche Rentenversicherung sicherzustellen. Fortentwicklung meint solche Updates, die zur Erfüllung der geschuldeten Qualität und (geänderten) Anforderungen erforderlich sind bzw. diese aufrechtzuerhalten.

Mit der Nutzung der Internetseite kommt der Vertrag zwischen Anbieter und Nutzer zustande. Die Dauer des Vertragsverhältnisses beschränkt sich auf die Dauer der Leistungserbringung und endet mit abgeschlossenem Übertragungsvorgang pro euBP-Sendung.

Spätestens mit der Aufnahme der Nutzung erklärt der Nutzer sein Einverständnis mit der Geltung dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

### § 3 Nutzungsrechte

Der Nutzer ist berechtigt, die Internetseite ausschließlich für die einmalige Übermittlung der elektronischen Betriebsprüfung im Rahmen des Datenaustauschs des entsprechenden Finanzbuchhaltungssystems zu nutzen. Die bestimmungsgemäße Nutzung ergibt sich aus dem in § 2 dieser AGB festgelegten Zweck und bezieht sich ausschließlich auf den aktuell bereitgestellten Stand der Internetseite. Eine weitergehende Nutzung der Internetseite ist nicht gestattet. Der Anbieter räumt dem Nutzer hiermit die für diese Nutzung erforderlichen Befugnisse als einfaches Nutzungsrecht für die einmalige Abwicklung des Datenverkehrs im Rahmen der Betriebsprüfung ein.

### § 4 Zahlungen und Vergütung

3.1 Alle Preise verstehen sich inkl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

3.2 Die Zahlung in Höhe von **79,00 €** wird über Stripe abgewickelt. Mit der Zahlung erhält der Nutzer die Bereitstellung der Versandfunktion zur Übermittlung der elektronisch unterstützten Betriebsprüfung für Finanzbuchhaltungen an die Deutsche Rentenversicherung. Sämtliche erforderlichen Korrekturen für den erfolgreichen Versand sind in der Gebühr enthalten. Ein Widerrufsrecht ist ausgeschlossen.

3.3 Zahlungen sind sofort und ohne Abzug fällig. Der Kunde wird direkt über Stripe zur Zahlungsplattform weitergeleitet, um die Zahlung umgehend vorzunehmen. Es gelten die AGB und Datenschutzbestimmungen (DSGVO) von Stripe.

### § 5 Pflichten des Nutzers

Der Nutzer stellt sicher, dass alle für die elektronische Betriebsprüfung erforderlichen Daten vollständig, ordnungsgemäß und wahrheitsgemäß übermittelt werden.

Treten bei bestimmungsgemäßer Nutzung der Internetseite Mängel auf, die eine Übermittlung der elektronischen Betriebsprüfung unmöglich machen, hat der Nutzer diese unverzüglich in nachvollziehbarer Form umgehend an die Anbieter ([kontakt@xisi-eubp.de](mailto:kontakt@xisi-eubp.de)) zu melden.

Der Nutzer ist nicht berechtigt, Mängel selbst zu beseitigen oder durch Dritte beseitigen zu lassen.

## § 6 Gewährleistung

Die Vertragsparteien stimmen darin überein, dass es nicht möglich ist, Programme und Systeme so zu entwickeln, dass sie für alle Anwendungsbedingungen fehlerfrei sind. Es kommt insoweit auf die grundsätzliche praktische Gebrauchstauglichkeit an. Kleinere Softwarefehler sind technisch unvermeidbar und stören diese Verwendung nicht. Im Übrigen steht der Anbieter für die Funktions- und Betriebsbereitschaft von euBP-Senden nach den Bestimmungen dieser Vereinbarung ein.

Soweit dennoch ein Mangel der Funktionsbereitschaft von euBP-Senden besteht, sind die daraus resultierenden Gewährleistungsrechte des Nutzers auf eine Nacherfüllung durch den Anbieter beschränkt. Schlägt die Nacherfüllung endgültig fehl, weil tatsächliche Nachbesserungsversuche keinen Erfolg hatten, die Nachbesserung verweigert oder aber verzögert wurde, steht es dem Nutzer frei, vom Vertrag zurückzutreten.

Eine Haftung auf Schadensersatz wegen vorsätzlicher oder grob fahrlässig verursachter Pflichtverletzung bleibt davon unberührt.

Die Beschränkung der Gewährleistungsrechte auf Nacherfüllung umfasst darüber hinaus auch solche Fälle nicht, in denen der Mangel arglistig verschwiegen oder eine Garantie für die Beschaffenheit der Webanwendung übernommen wurde.

Für alle Gewährleistungsansprüche gegen den Anbieter gilt eine Verjährungsfrist von einem Jahr ab Entstehung des Gewährleistungsanspruchs.

Diese Regelungen gelten nicht für die Gewährleistungshaftung auf Schadensersatz bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit oder bei Personenschäden oder nach dem Produkthaftungsgesetz.

Der Anbieter ist um einen störungsfreien Betrieb von euBP-Senden bemüht. Dies beschränkt sich naturgemäß auf Leistungen, auf die der Anbieter einen Einfluss hat. Ein Anspruch des Nutzers auf eine bestimmte Verfügbarkeit besteht nicht. Der Anbieter weist den Nutzer daher darauf hin, dass es zu Einschränkungen oder Beeinträchtigungen bei der Nutzung von euBP-Senden kommen kann, die außerhalb des Einflussbereichs des Anbieters liegen. Hierzu zählen insbesondere Handlungen des Hosting-Providers bezüglich der Laufzeitumgebung, Handlungen von Dritten, die nicht im Auftrag des Anbieters handeln, vom Anbieter nicht beeinflussbare technische Ausfälle sowie höhere Gewalt.

Dem Anbieter bleibt es unbenommen, den Zugang zu euBP-Senden aufgrund von Wartungsarbeiten und aufgrund anderer Ereignisse, die nicht im eigenen Machtbereich stehen, ganz oder teilweise, zeitweise einzuschränken. Der Anbieter wird Wartungsfenster auf das Minimum beschränken und vor allem für das Einspielen von neuen Versionsständen und zur Sicherstellung der Sicherheit der Systeme einsetzen.

Ereignisse höherer Gewalt, die zu einer Verzögerung oder Nichterfüllung der Leistung führen, hat keine Partei zu vertreten. Ein Ereignis höherer Gewalt ist jedes betriebsfremde, von außen durch elementare Naturkräfte oder durch Handlungen dritter Personen herbeigeführte Ereignis, das nach menschlicher Einsicht und Erfahrung unvorhersehbar ist, mit wirtschaftlich erträglichen Mitteln auch durch

äußerste, nach der Sachlage vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht verhütet oder unschädlich gemacht werden kann und auch nicht wegen seiner Häufigkeit vom Betriebsunternehmen in Kauf zu nehmen ist (z.B. Krieg, kriegsähnliche Zustände, Ausrufen eines Notstands, Massendemonstrationen, Streik, Naturereignisse im Ausmaß einer Katastrophe, Cyberangriffe, Pandemien). Im Übrigen gilt § 313 BGB. Die Vertragsparteien werden in diesen Fällen baldmöglichst den Beginn der Behinderung sowie die Fortsetzung der Leistungserbringung anzeigen.

Der Nutzer hat insbesondere die Pflicht zur Datensicherung und zur Abwehr von Schadsoftware nach dem aktuellen Stand der Technik.

## **§ 7 Haftung**

Der Anbieter haftet unbeschränkt bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. In Fällen leichter Fahrlässigkeit haftet der Anbieter unbeschränkt für die Verletzung von Leben, Leib oder Gesundheit und nach den Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes.

Bei leicht fahrlässiger Verletzung einer Pflicht, die wesentlich für die Erreichung des Vertragszwecks ist, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht, und auf die der Nutzer regelmäßig vertrauen darf, ist die Haftung des Anbieters der Höhe nach begrenzt auf den Schaden, der nach der Art des fraglichen Geschäfts bei Vertragsschluss vorhersehbar war und mit dessen Entstehung typischerweise gerechnet werden muss. Im Übrigen ist eine Haftung des Anbieters ausgeschlossen. Diese Haftungsbeschränkung gilt auch für die persönliche Haftung der Mitarbeiter, Vertreter und Organe des Anbieters.

Für diese Schadenersatzansprüche gilt eine Verjährungsfrist von einem Jahr als vereinbart.

Für den Verlust von Daten haftet der Anbieter insoweit nicht, als der Schaden darauf beruht, dass es der Nutzer unterlassen hat, Datensicherungen durchzuführen und dadurch sicherzustellen, dass verloren gegangene Daten mit vertretbarem Aufwand wiederhergestellt werden können. Auf diese Beschränkung kann sich der Anbieter nicht berufen, soweit er sich zur Datensicherung gegenüber dem Nutzer verpflichtet hat.

Für die mit euBP-Senden übertragenen Daten wird keine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit übernommen. Jegliche Haftung ist ausgeschlossen.

## **§ 8 Datenschutz**

7.1 Alle übermittelten Betriebsdaten des Nutzers, die zur Kenntnis gelangen sollten, werden zeitlich unbegrenzt streng vertraulich behandelt.

7.2 Sofern eine Übermittlung von personenbezogenen Daten erfolgt, werden diese Daten unter strikter Beachtung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) verarbeitet. Die Verarbeitung erfolgt mithin gemäß dem aktuellen Auftragsverarbeitungsvertrags (AVV) des Anbieters. In keinem Fall werden die erhobenen Daten verkauft oder aus anderen wirtschaftlichen Gründen an Dritte weitergegeben.

7.3. Der Anbieter setzt angemessene technische und organisatorische Maßnahmen zum Schutz der Webanwendung vor unbefugtem Zugriff und Missbrauch ein. Der Nutzer ist verpflichtet, diese Maßnahmen zu respektieren und die Webanwendung nicht in einer Weise zu nutzen, die die Sicherheit gefährdet.

## **§ 9 Schlussbestimmungen**

Diese Geschäftsbedingungen unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

Es gelten ausschließlich die hier dargelegten AGB. Widersprechende oder ergänzende Klauseln in AGB anderer Parteien werden nicht Vertragsbestandteil.

Die beiden Parteien vereinbaren Berlin als ausschließlichen Gerichtsstand und Erfüllungsort ihrer gegenseitigen Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag.

Der Nutzer kann nur mit unbestrittenen, von dem Anbieter anerkannten oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen. Diese Einschränkung gilt nicht bei einer Aufrechnung mit Ansprüchen aus demselben Vertragsverhältnis.

Anderweitige mündliche oder schriftliche Nebenabreden wurden nicht getroffen.

Vertragsergänzungen, Änderungen und Konkretisierungen bedürfen der Textform.

Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung und/oder ihrer Änderung bzw. Ergänzung unwirksam, nichtig oder undurchführbar sein oder werden, so wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen als auch die Wirksamkeit dieser Vereinbarung insgesamt hiervon nicht berührt. Die Vereinbarung soll im vorgenannten Fall, vorausgesetzt, dass keine gesetzlichen Vorschriften im Sinne des § 306 Abs. 2 BGB zur Lückenfüllung bestehen, so ausgelegt werden, dass eine seinem Sinn und Zweck entsprechende angemessene Bestimmung gelten soll, die dem von den Vertragsparteien mit der unwirksamen Bestimmung verfolgten Zweck am nächsten kommt. Entsprechendes gilt, sollte diese Vereinbarung eine Regelungslücke aufweisen.